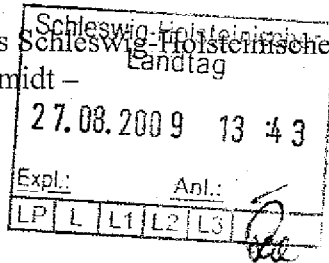


Inst. f. Sozialwissenschaften, CAU Kiel, Westring 400, D-24098 Kiel

Prof. Dr. K.-P. Kruber
Wirtschaft/Politik
☎(0431) 880-1568
Westring 400, 24098 Kiel

Kruber@politik.uni-kiel.de

Bildungsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtag
- z.Hd. Herrn Ole Schmidt -
Landeshaus
24105 Kiel



an Packchen + Pakete: 1
Olshausenstr. 40, 24118 Kiel

2

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/4609

Sehr geehrter Herr Schmidt,

gerne komme ich Ihrer Bitte nach, zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19. Juni zur Zukunft der **Landeszentrale für politische Bildung (LpB)** Stellung zu nehmen.

- Die organisatorische Zuordnung der LpB scheint mir nicht das dringlichste Problem. Sie ist in den Bundesländern unterschiedlich geregelt. In den meisten Ländern ist die LpB der Regierung (Bildungsministerium oder Staatskanzlei) zugeordnet. Grundsätzlich spricht nichts gegen eine Zuordnung zum Landtag. Allerdings ist die Aufsicht durch Abgeordnete ja bereits durch das Kuratorium institutionalisiert. Entscheidend ist, dass Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit gewährleistet sind. Dies ist auch bei einer Zuordnung zur Staatskanzlei oder – was der Regelung in den meisten Ländern entspricht - zum Bildungsministerium möglich.
- Synergieeffekte können durch den weiteren Ausbau von Kooperationen mit anderen Bildungsträgern erschlossen werden. Insbesondere durch Vertiefung der bestehenden Zusammenarbeit mit anderen politischen Bildungsstätten und den Volkshochschulen können politische Angebote ins Land hinaus verbreitet werden. Die Zusammenarbeit mit dem Landtag (Jugend im Parlament, Lesungen, Ausstellungen etc.) hat sich bewährt und kann vertieft werden, aber die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags und die Arbeit der LpB haben unterschiedliche Schwerpunkte.
- Die LpB sollte weiterhin Anlaufstelle der Bevölkerung, insbesondere von Lehrern und Schülern, für Materialien zur politischen Bildung sein. Vor allem aber muss sie sich auf Angebote zu aktuellen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Themen

konzentrieren. Beispiele sind Globalisierung, Finanzkrise, internationaler Terrorismus, politischer Extremismus, Europäische Integration, Zukunft des Sozialstaats, Demokratie und Gesellschaft, Politik und Medien, Bildung und Erwerbschancen etc. Stärker als bisher sollten Jugendliche und Personen mit Migrationshintergrund als Zielgruppen mit Themen angesprochen werden, die sie bewegen, die in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert werden und zu denen sie politische Orientierung suchen.

- Neben die bewährten Angebotsformen (Seminare, Lesungen, Ausstellungen, Exkursionen) sollten verstärkt Planspiele, Bürgerforen, Zukunftswerkstätten und ähnliche handlungsorientierte Methoden treten, die diese Zielgruppen besser erreichen.
- Ein solches mit zusätzlichen Aufgaben verbundenes Konzept erfordert – wenn schon eine Aufstockung des Personals nicht realistisch ist – die Besetzung aller Stellen (insbesondere die der Leitung!) und die Entlastung der vorhandenen Dozenten von Verwaltungsaufgaben, um ihnen die volle Konzentration auf ihre Kernaufgaben zu ermöglichen. Dazu zählen die Entwicklung von Kooperationsprojekten mit externen Partnern, die Erarbeitung von abrufbaren Modulangeboten zu politischen, ökonomischen und ökologischen Themen für Schulen oder für Jugend- und Migrantenzentren sowie die Pflege einer interaktiven website.

In einer Zeit globaler und nationaler gesellschaftlicher Herausforderungen gilt es, politische Bildungsangebote zu verstärken, um Orientierung zu ermöglichen und zu Partizipation zu befähigen. Die LpB hat hier eine wichtige Funktion als Teil der Infrastruktur politischer Bildung in Schleswig-Holstein.

Kiel, 20. August 2009

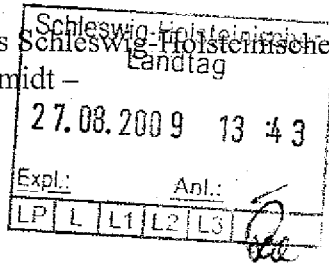


Inst. f. Sozialwissenschaften, CAU Kiel, Westring 400, D-24098 Kiel

Prof. Dr. K.-P. Kruber
Wirtschaft/Politik
☎(0431) 880-1568
Westring 400, 24098 Kiel

Kruber@politik.uni-kiel.de

Bildungsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtag
- z.Hd. Herrn Ole Schmidt -
Landeshaus
24105 Kiel



an Packchen + Pakete: 1
Olshausenstr. 40, 24118 Kiel

2

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/4609

Sehr geehrter Herr Schmidt,

gerne komme ich Ihrer Bitte nach, zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19. Juni zur Zukunft der **Landeszentrale für politische Bildung (LpB)** Stellung zu nehmen.

- Die organisatorische Zuordnung der LpB scheint mir nicht das dringlichste Problem. Sie ist in den Bundesländern unterschiedlich geregelt. In den meisten Ländern ist die LpB der Regierung (Bildungsministerium oder Staatskanzlei) zugeordnet. Grundsätzlich spricht nichts gegen eine Zuordnung zum Landtag. Allerdings ist die Aufsicht durch Abgeordnete ja bereits durch das Kuratorium institutionalisiert. Entscheidend ist, dass Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit gewährleistet sind. Dies ist auch bei einer Zuordnung zur Staatskanzlei oder – was der Regelung in den meisten Ländern entspricht - zum Bildungsministerium möglich.
- Synergieeffekte können durch den weiteren Ausbau von Kooperationen mit anderen Bildungsträgern erschlossen werden. Insbesondere durch Vertiefung der bestehenden Zusammenarbeit mit anderen politischen Bildungsstätten und den Volkshochschulen können politische Angebote ins Land hinaus verbreitet werden. Die Zusammenarbeit mit dem Landtag (Jugend im Parlament, Lesungen, Ausstellungen etc.) hat sich bewährt und kann vertieft werden, aber die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags und die Arbeit der LpB haben unterschiedliche Schwerpunkte.
- Die LpB sollte weiterhin Anlaufstelle der Bevölkerung, insbesondere von Lehrern und Schülern, für Materialien zur politischen Bildung sein. Vor allem aber muss sie sich auf Angebote zu aktuellen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Themen

konzentrieren. Beispiele sind Globalisierung, Finanzkrise, internationaler Terrorismus, politischer Extremismus, Europäische Integration, Zukunft des Sozialstaats, Demokratie und Gesellschaft, Politik und Medien, Bildung und Erwerbschancen etc. Stärker als bisher sollten Jugendliche und Personen mit Migrationshintergrund als Zielgruppen mit Themen angesprochen werden, die sie bewegen, die in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert werden und zu denen sie politische Orientierung suchen.

- Neben die bewährten Angebotsformen (Seminare, Lesungen, Ausstellungen, Exkursionen) sollten verstärkt Planspiele, Bürgerforen, Zukunftswerkstätten und ähnliche handlungsorientierte Methoden treten, die diese Zielgruppen besser erreichen.
- Ein solches mit zusätzlichen Aufgaben verbundenes Konzept erfordert – wenn schon eine Aufstockung des Personals nicht realistisch ist – die Besetzung aller Stellen (insbesondere die der Leitung!) und die Entlastung der vorhandenen Dozenten von Verwaltungsaufgaben, um ihnen die volle Konzentration auf ihre Kernaufgaben zu ermöglichen. Dazu zählen die Entwicklung von Kooperationsprojekten mit externen Partnern, die Erarbeitung von abrufbaren Modulangeboten zu politischen, ökonomischen und ökologischen Themen für Schulen oder für Jugend- und Migrantenzentren sowie die Pflege einer interaktiven website.

In einer Zeit globaler und nationaler gesellschaftlicher Herausforderungen gilt es, politische Bildungsangebote zu verstärken, um Orientierung zu ermöglichen und zu Partizipation zu befähigen. Die LpB hat hier eine wichtige Funktion als Teil der Infrastruktur politischer Bildung in Schleswig-Holstein.

Kiel, 20. August 2009

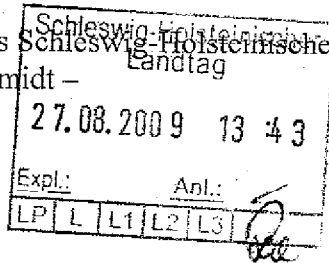


Inst. f. Sozialwissenschaften, CAU Kiel, Westring 400, D-24098 Kiel

Prof. Dr. K.-P. Kruber
Wirtschaft/Politik
☎(0431) 880-1568
Westring 400, 24098 Kiel

Kruber@politik.uni-kiel.de

Bildungsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtag
- z.Hd. Herrn Ole Schmidt -
Landeshaus
24105 Kiel



an Packchen + Pakete: 1
Olshausenstr. 40, 24118 Kiel

2

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/4609

Sehr geehrter Herr Schmidt,

gerne komme ich Ihrer Bitte nach, zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19. Juni zur Zukunft der **Landeszentrale für politische Bildung (LpB)** Stellung zu nehmen.

- Die organisatorische Zuordnung der LpB scheint mir nicht das dringlichste Problem. Sie ist in den Bundesländern unterschiedlich geregelt. In den meisten Ländern ist die LpB der Regierung (Bildungsministerium oder Staatskanzlei) zugeordnet. Grundsätzlich spricht nichts gegen eine Zuordnung zum Landtag. Allerdings ist die Aufsicht durch Abgeordnete ja bereits durch das Kuratorium institutionalisiert. Entscheidend ist, dass Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit gewährleistet sind. Dies ist auch bei einer Zuordnung zur Staatskanzlei oder – was der Regelung in den meisten Ländern entspricht - zum Bildungsministerium möglich.
- Synergieeffekte können durch den weiteren Ausbau von Kooperationen mit anderen Bildungsträgern erschlossen werden. Insbesondere durch Vertiefung der bestehenden Zusammenarbeit mit anderen politischen Bildungsstätten und den Volkshochschulen können politische Angebote ins Land hinaus verbreitet werden. Die Zusammenarbeit mit dem Landtag (Jugend im Parlament, Lesungen, Ausstellungen etc.) hat sich bewährt und kann vertieft werden, aber die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags und die Arbeit der LpB haben unterschiedliche Schwerpunkte.
- Die LpB sollte weiterhin Anlaufstelle der Bevölkerung, insbesondere von Lehrern und Schülern, für Materialien zur politischen Bildung sein. Vor allem aber muss sie sich auf Angebote zu aktuellen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Themen

konzentrieren. Beispiele sind Globalisierung, Finanzkrise, internationaler Terrorismus, politischer Extremismus, Europäische Integration, Zukunft des Sozialstaats, Demokratie und Gesellschaft, Politik und Medien, Bildung und Erwerbschancen etc. Stärker als bisher sollten Jugendliche und Personen mit Migrationshintergrund als Zielgruppen mit Themen angesprochen werden, die sie bewegen, die in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert werden und zu denen sie politische Orientierung suchen.

- Neben die bewährten Angebotsformen (Seminare, Lesungen, Ausstellungen, Exkursionen) sollten verstärkt Planspiele, Bürgerforen, Zukunftswerkstätten und ähnliche handlungsorientierte Methoden treten, die diese Zielgruppen besser erreichen.
- Ein solches mit zusätzlichen Aufgaben verbundenes Konzept erfordert – wenn schon eine Aufstockung des Personals nicht realistisch ist – die Besetzung aller Stellen (insbesondere die der Leitung!) und die Entlastung der vorhandenen Dozenten von Verwaltungsaufgaben, um ihnen die volle Konzentration auf ihre Kernaufgaben zu ermöglichen. Dazu zählen die Entwicklung von Kooperationsprojekten mit externen Partnern, die Erarbeitung von abrufbaren Modulangeboten zu politischen, ökonomischen und ökologischen Themen für Schulen oder für Jugend- und Migrantenzentren sowie die Pflege einer interaktiven website.

In einer Zeit globaler und nationaler gesellschaftlicher Herausforderungen gilt es, politische Bildungsangebote zu verstärken, um Orientierung zu ermöglichen und zu Partizipation zu befähigen. Die LpB hat hier eine wichtige Funktion als Teil der Infrastruktur politischer Bildung in Schleswig-Holstein.

Kiel, 20. August 2009

